



© srf

66 Prozent der Bevölkerung sind der falschen Ansicht, es gebe eine Lenkungsabgabe auf Treibstoffen.

CO₂-Lenkungsabgabe: Warum das Wissen so gering ist

Kurt Marti / 27. Feb 2020 - Das Wissen der Bevölkerung über die CO₂-Lenkungsabgabe ist laut einer Umfrage gering. Das ist keine Überraschung.

Aktuell ist der Klimaschutz in aller Munde, insbesondere das Instrument der CO₂-Lenkungsabgabe. Trotzdem ist das Wissen der Bevölkerung darüber gering, wie eine gfs-Umfrage im Auftrag von swisscleantech zeigt: Zwei Drittel der Bevölkerung sind fälschlicherweise der Ansicht, in der Schweiz werde schon heute eine CO₂-Abgabe auf Benzin und Diesel erhoben. Tatsächlich gibt es heute nur eine CO₂-Lenkungsabgabe auf fossilen Brennstoffen (Heizöl und Erdgas), die laut einer Studie eine deutliche Reduktionswirkung hatte (siehe Kasten unten).

Auch über die Verwendung der CO₂-Lenkungsabgabe auf Heizöl und Erdgas herrscht Unklarheit: Nur 28 Prozent der Befragten wissen, dass zwei Drittel der Abgabe an die Bevölkerung zurückverteilt werden.

Der geringe Wissensstand der Bevölkerung über die CO₂-Lenkungsabgabe hat im Wesentlichen drei Gründe:

1. Bundesverwaltung

Die Rückverteilung der CO₂-Lenkungsabgabe auf fossilen Brennstoffen wird gemäss Vorschrift des Bundes über die Krankenkassen abgewickelt. Das ist grundsätzlich eine kostengünstige und effiziente Lösung. Auf der Internetseite des zuständigen Bundesamts für Umwelt (BAFU) steht geschrieben: «Die Versicherten erfahren die Höhe des Betrages jeweils gleichzeitig mit der Prämienmitteilung. Der Betrag wird mit der Krankenkassenprämie verrechnet.»

Konkret heisst das: Pro Kopf und Monat wird aktuell am Schluss der Krankenkassenprämie der Betrag von 6,45 Franken abgezogen, mit dem kurzen Vermerk «Umweltabgabe (CO₂ und VOC)». Darin ist zur allgemeinen Verwirrung auch noch die weit unbekanntere Lenkungsabgabe auf flüchtige organische Verbindungen (volatile organic compounds, VOC) integriert, die zur Bildung von bodennahem Ozon (Sommersmog) beitragen.

Wie die gfs-Umfrage zeigt, nimmt die grosse Mehrheit der Bevölkerung von diesem kleinen Betrag von 6,45 Franken keine Notiz. Das ist nicht erstaunlich. Wer nicht will, dass eine Sache bekannt wird, der muss diese möglichst mit anderen Sachen vermischen und gleichzeitig miniaturisieren, das heisst den Gesamtbetrag zerstückeln. Denn eigentlich bekommt beispielsweise eine vierköpfige Familie rund 310 Franken pro Jahr aus dem CO₂- und VOC-Abgaben-Topf zurückbezahlt (6,45 Franken x 12 x 4). Die Rückzahlung aus der CO₂-Lenkungsabgabe allein beträgt rund 260 Franken pro Jahr (5,40 Franken x 12 x 4; siehe dazu: CO₂-Lenkungsabgabe: Zwei Drittel Rückverteilung ausgeblendet, Fussnote 1). Es bleibt schleierhaft, warum nicht dieser Gesamtbetrag kommuniziert wird, inklusive Mechanismus der CO₂-Lenkungsabgabe. Ebenso schleierhaft ist die Vermischung verschiedener Abgaben.

2. Parlament

66 Prozent der Bevölkerung sind irrtümlicherweise der Ansicht, es gebe schon heute eine CO₂-Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel. Das ist einerseits darauf zurückzuführen, dass im Parlament seit 25 Jahren immer wieder darüber diskutiert wird, allerdings ohne dass eine solche je eingeführt worden wäre. Andererseits wird seit 2005 eine Treibstoff-Abgabe von 1,5 Rappen pro Liter Benzin und Diesel erhoben. Von 2005 bis 2012 hiess diese Abgabe «Klima-Rappen» und seither «CO₂-Kompensation». Weil aber diese Abgabe nicht an die Bevölkerung zurückverteilt wird, sondern damit ein ineffizienter Ablasshandel im In- und Ausland subventioniert wird, ist es keine Lenkungsabgabe.

Mit dem Klima-Rappen und der CO₂-Kompensation hat die Erdöl-Lobby zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Einerseits hat sie erfolgreich eine wirksame CO₂-Lenkungsabgabe verhindert und andererseits ist in der Bevölkerung offenbar der falsche Eindruck entstanden, es gebe eine CO₂-Lenkungsabgabe auf Benzin und Diesel.

Auch in der aktuellen Beratung des CO₂-Gesetzes im Parlament ist erneut von einer Benzin-Abgabe von 12 Rappen pro Liter die Rede, ohne dass klar kommuniziert wird, dass es sich dabei wiederum nicht um eine CO₂-Lenkungsabgabe handelt, sondern um die Weiterführung des Klima-Rappens beziehungsweise der CO₂-Kompensation, also des altbekannten Verhinderungs-Vehikels der Erdöl-Lobby.

Um das Kommunikations-Chaos komplett zu machen, hat der Ständerat parallel zur Revision des CO₂-Gesetzes ein Postulat zur Abklärung einer zukünftigen CO₂-Lenkungsabgabe auf Treibstoffen an den Bundesrat überwiesen. Damit wurde die CO₂-Lenkungsabgabe erneut auf die lange Bank geschoben.

3. Medien

Auch in den Schweizer Medien wird selten auf die politischen Hintergründe des Klima-Rappens und der CO₂-Kompensation hingewiesen. Dass der Klima-Rappen das erfolgreiche Vehikel der fossilen Lobby zur Verhinderung einer CO₂-Lenkungsabgabe ist, bleibt der Bevölkerung meist unbekannt. Auch aus diesem Grund gehen zwei Drittel der Bevölkerung davon aus, dass es bereits eine CO₂-Lenkungsabgabe auf Treibstoffe gibt.

Ein Beispiel, dass die CO₂-Kompensation mit einer CO₂-Lenkungsabgabe verwechselt wird, ist ein Bericht von 20 Minuten vom 20. September 2019. Dort konnte man lesen: «Soll Benzin und Diesel teurer werden? Neben fossilen Brennstoffen sollen neu auch Treibstoffe mit einer Lenkungsabgabe besteuert werden. Die Einnahmen sollen gleichmässig an die Bevölkerung beziehungsweise an Unternehmen zurückverteilt werden. Der Nationalrat hatte im Dezember 2018 eine solche Abgabe von acht Rappen pro Liter noch abgelehnt.» Bei dieser Abgabe von acht Rappen handelte es sich eben nicht um eine Lenkungsabgabe, sondern um die oben erwähnte CO₂-Kompensation.

Einen weiteren Lapsus leisteten sich diverse Schweizer Medien. Im November 2019 schlugen sie wegen der geplanten Erhöhung der CO₂-Lenkungsabgabe auf fossilen Brennstoffen (Heizöl und Erdgas) Alarm: «Milliarden Mehrkosten für Mieter und Eigner», stand beispielsweise in den Tamedia-Blättern Tagesanzeiger, Bund, Berner Zeitung und Basler Zeitung. «Steigt die CO₂-Abgabe, kostet die Wohnung 485 Franken mehr», behauptete Newsnet. «Wohnung 90 m² unsaniert: 486 Fr. Mehrkosten», malte die SRF-Sendung 10vor10 an die Wand. Und: «Wer wird von diesem Total von 1,4 Milliarden wie viel tragen müssen?», fragten besorgt die Aargauer Zeitung, die Luzerner Zeitung, das St. Galler Tagblatt und weitere CH Media-Blätter.

Alle diese Berichte hatten einen gravierenden Haken: Sie ignorierten die Tatsache, dass zwei Drittel der CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffen an die Bevölkerung zurückbezahlt werden. Dabei stützten sich die erwähnten Medien kritiklos auf die Zahlen der Immobilienberatungs-Firma lazi, welche in ihrer schriftlichen Präsentation die Zweidrittel-Rückzahlungen an die Bevölkerung ebenfalls ausblendete.

Fazit: Der geringe Wissensstand in der Bevölkerung über die CO₂-Lenkungsabgabe ist die Folge einer ungenügenden Kommunikation seitens der Bundesverwaltung, aber auch der jahrzehntelangen Verwirrtaktik des eidgenössischen Parlaments sowie des geringen Wissensstandes diverser Redaktionen. Das führt dazu, dass die fossile Lobby leichtes Spiel hat, die Bevölkerung hinters Licht zu führen.

Deshalb ist der Forderung des Nationalen Forschungsprogramms NFP «Energie» zuzustimmen, dass die Wissensdefizite abgebaut werden müssen, was laut NFP «nicht nur für Bürgerinnen und Bürger» gilt, «sondern auch für Entscheider in Politik und Wirtschaft.»

CO₂-Lenkungsabgabe auf fossilen Brennstoffen

ktm. Im Gegensatz zu den Treibstoffen (Benzin, Diesel) werden die Brennstoffe (Heizöl, Erdgas) seit 2008 mit einer CO₂-Lenkungsabgabe belastet, was wesentlich zur Senkung der CO₂-Emissionen um rund 28% seit 1990 beitrug. Der CO₂-Ausstoss der Treibstoffe hingegen stieg um 3,3% an, statt gemäss den Zielen des Bundes um 10% zu sinken (Stand 2018).

Eine Studie des Beratungsbüros Ecoplan vom Juni 2017 im Auftrag des Bundesrats kam aufgrund der Erfahrungen mit der CO₂-Lenkungsabgabe auf fossilen Brennstoffen zum Schluss, dass diese «eine zwei- bis dreimal so hohe CO₂-Reduktionswirkung» hatte als andere Instrumente, wie etwa «das Gebäudeprogramm und die Zielvereinbarungen zusammen».

Zwei Drittel der Einnahmen dieser CO₂-Lenkungsabgabe werden an die Bevölkerung zurückbezahlt. Das macht aktuell für eine vierköpfige Familie rund 260 Franken pro Jahr (Berechnung siehe unten). Ein Drittel des Ertrags der Abgabe fliesst in die energetische Sanierung von Gebäuden.

Themenbezogene Interessen (-bindung) der Autorin/des Autors

Kurt Marti war früher Beirat (bis Januar 2012), Geschäftsleiter (bis 1996) und Redaktor (bis 2003) der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES).

Weiterführende Informationen



DOSSIER: Die Klimapolitik kritisch hinterfragt



Faktenblatt BAFU: CO₂-Lenkungsabgabe auf Brennstoffen